

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Gernot Eler MdB zum politischen Falschspiel im Gewande der Vorsicht: „Wenn Gorbatschow scheitert...“
Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier MdB zur Verurteilung des Memminger Frauenarztes Dr. Theissen: Wir Frauen werden das nicht länger hinnehmen
Seite 4

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB zu einem Vorschlag der Sozialdemokraten: Afghanistans: Die Vereinten Nationen sollen in diesem Land vermitteln
Seite 5

Karl Diller MdB zum Bonner Umgang mit Angehörigen des Finanzdienstes: Die Bundesregierung - ein miser. Arbeitgeber
Seite 6

44. Jahrgang / 85

5. Mai 1989

„Wenn Gorbatschow scheitert ...“

Zum politischen Falschspiel im Gewande der Vorsicht

Von Gernot Eler MdB

In den öffentlichen Diskussionen über die richtigen Antworten des Westens auf die Abrüstungsvorschläge des Ostens gibt es eine neue Lieblingsplatte, die pausenlos aufgelegt wird. Sie heißt: „Und was, wenn Gorbatschow morgen scheitert?“ und soll das Festhalten an Worst-Case-Szenarios, an Nuklearstrategien gegen einen unberechenbaren Gegner und an Weiterrüstung auf Höchstniveau legitimieren. Auch Bundeskanzler Kohl eröffnete seinen Redeabschnitt zur Sicherheitspolitik in der Regierungserklärung vom 27. April mit Bemerkungen zur „Unsicherheit“, ob die sowjetische Reformpolitik „andauern und erfolgreich sein wird“, und sorgte sich anlässlich der jüngsten Vorgänge in Georgien mit der Frage „Wer kann deshalb Rückschläge ausschließen?“

Nachdem die Sowjetunion im INF-Vertrag vom Dezember 1987 zweieinhalb mal mehr Atomwaffen zur Verschrottung freigegeben hat als die Vereinigten Staaten, nachdem sie anderthalb Jahre einen einseitigen Atomteststopp durchgeführt hat, nachdem Gorbatschow im Dezember 1988 eine einseitige Abrüstungsmaßnahme über die Demobilisierung von 500.000 Soldaten, 10.000 Panzern, 8.500 Artilleriegeschützen und 800 Kampfflugzeugen angekündigt hat (deren Umsetzung in diesen Tagen in Ungarn begann), nachdem er die Ernsthaftigkeit dieser Abrüstungsmaßnahmen durch die Ankündigung ergänzt hat, Fabriken für waffenfähiges Uran stillzuliegen, C-Waffen-Bestände aufzulösen und Anstrengungen zur Rüstungskonversion auch im konventionellen Bereich zu forcieren, und während man jeden Tag „fürchten“ muß, daß er einen konkreten Vorschlag für eine dritte Nulllösung nun auch für die atomaren Kurzstreckenwaffen auf den Tisch legt, wird es immer schwieriger, die westlichen Neins zu weiteren tiefen Einschnitten in atomare und konventionelle Waffenarsenale zu rechtfertigen.

In diesem Kontext erfüllt der Zweifel an den Erfolgchancen des Kremlchefs die Funktion eines letzten Jokers im west-östlichen War-Game. Wer diese Karte zieht, will damit sagen: Vielleicht steht uns morgen ja schon wieder ein rüstungsbesessener, abendländergefährdender Potentat a la Stalin oder Breschnjew gegenüber, und dann stehen wir nackt da.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltungsbüro
mit speziellen Leistungen
Büro für Papier



Dieser Joker ist eine falsche Karte. Er sticht nicht. Hier einige Gründe dafür.

Zur Systematik: Wer die eigene politische Handlungsbereitschaft von Prognosen über die politische Überlebensfähigkeit seines Gesprächspartners abhängig macht, treibt sich selber in die Aktionsunfähigkeit. Politisches Scheitern und darauf begründete Regierungswechsel sind auch in westlichen Demokratien vertraute, systemimmanente Erscheinungen, die keineswegs Politikunfähigkeit erzeugen. Mit solchen Wechseln muß in beiden Staatengemeinschaften gerechnet werden, sie sind keine Besonderheit des Ostens. Der Umbruch von Carter zu Reagan, aber auch die unerwarteten außenpolitischen Wandlungen innerhalb der Reagan-Administration bis hin zur Reykjavik-Gipfeldiplomatie lassen sich als Belege dafür anführen.

Zur aktuellen politischen Lage Gorbatschows

Sie gibt für Negativprognosen wenig her. Die jüngste Umbildung des Zentralkomitees vom 25. April, bei der 110 Mitglieder höchster Führungsgremien, darunter mehrere einflußreiche Repräsentanten der Breschnjew-Zeit und auffallend viele Kritiker der militärischen Perestrojka, ihre Entpflichtung beantragten und im ZK 24 überwiegend reformtreue Vollmitglieder an die Stelle von 74 „Pensionären“ traten, hat den Perestrojka-Kurs gestärkt. Und das am Ende einer innenpolitisch höchst problematischen Phase mit den Etappen Unruhen in Armenien/Aserbeidschan, Erdbebenkatastrophe in Armenien mit den zutagegetretenen Organisationsmängeln, separatistische Proklamationen in den baltischen Republiken, Unruhen in den Kaukasus-Republiken mit den Übergriffen der Staatsmacht in Tiflis als bisheriger Höhepunkt, das alles auf dem Hintergrund des Ausbleibens von greifbaren Verbesserungen bei der Versorgung der Bevölkerung, also dem bisherigen Scheitern der Reformpolitik in einem zentralen der selbstgesteckten Ziele. Was gegenwärtig zu beobachten ist, hat seine Parallelen in den sieben Jahrzehnten der Sowjetgeschichte: Je existenzieller krisenhafte Entwicklungen werden, desto rascher konzentrieren sich Kompetenzen und Macht bei der amtierenden Führung. Jedenfalls haben die aktuellen innenpolitischen Probleme die Position Gorbatschows bisher in keiner Weise erschüttern können. Während Prognosen über die Chancen der Perestrojka weiter spekulativ bleiben, haben sich jetzt schon Voraussagen über den kurzfristigen Erfolgswang Gorbatschows als unsinnig erwiesen.

Zum Verhältnis der Perestrojka zur sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik

Wer die heutige sowjetische Führung mit ihren unsicheren innenpolitischen Erfolgchancen als Hemmnis für westliches Eingehen auf rasche Abrüstungsschritte anführt, unterstellt eine Verbindung zwischen einem eventuellen Scheitern der Perestrojka mit einer Abkehr vom „Neuen Denken“. Oder mit anderen Worten: Wenn Gorbatschow mit der Perestrojka die Freiheits- und Konsumerwartungen der Sowjetbürger mittelfristig nicht erfüllen kann und scheitert, wird sein Nachfolger wieder auf einen Rüstungswettlauf umschalten und zu den alten Offensivstrategien zurückkehren. Dieser Prognose fehlt jede Logik und Wahrscheinlichkeit. Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen und ökonomischen Reform würde auch ein Scheitern Gorbatschows überdauern. Mit einer Rückkehr zur Hochrüstung und zum Kalten Krieg könnten seine Nachfolger kein einziges Problem lösen, an denen sich die Perestrojka heute die Zähne ausbeißt.

Das „Neue Denken“, der notwendige Abbau der Verteidigungslasten und die Einsicht, daß man nur in Kooperation mit dem Westen die Modernisierungsrückstände des Landes aufholen kann, das sind die am wenigsten umstrittenen Grundelemente der heutigen sowjetischen Politik. Diese Fakten muß jede Analyse berücksichtigen, die für sich in Anspruch nimmt, auf der Basis der langfristigen Interessen der östlichen Supermacht und der Rationalität ihrer Führung politische Voraussagen zu treffen.

Zur militärischen Gefährdung des Westens bei einem Führungswechsel in Moskau

Da man nicht vollständig ausschließen kann, daß Gorbatschow die Macht an eine Führung verliert, die in irrationaler Weise und entgegen den Interessen der Sowjetunion zur Politik einer militärischen Konfrontation mit dem Westen zurückkehrt, ist die Frage berechtigt, wie für einen solchen Fall die Gefährdung so klein wie möglich gehalten werden kann. Die Antwort lautet: durch die raschestmögliche Abrüstung bis unter das Niveau von Angriffs- oder Invasionsfähigkeiten und die Errichtung eines möglichst dichten Netzes von Inspektion, Kontrolle und vertrauensbildenden Maßnahmen auf beiden Seiten. Ist Abrüstung bis auf dieses Niveau realisiert, wäre selbst die Machtergreifung eines Geisteskranken im Kreml mit keiner nichtbeherrschbaren militärischen Gefährdung verbunden. Ein Aufbau neuer und bedrohlicher militäri-

scher Kräfte ließe sich nicht verbergen und würde entsprechende Gegenmaßnahmen der anderen Seite provozieren. Es bliebe genügend Zeit, um eine solche krisenhafte Zuspitzung politisch unter Kontrolle zu bringen. Also müßten gerade diejenigen, die unter der Ungewißheit über die politischen Erben Gorbatschows leiden, alle nur denkbaren und derzeit so reichlich vorhandenen Chancen zu vertraglich gesicherter Abrüstung nutzen, um den Nachfolgern der heutigen Sowjetführung sogar die technischen Grundlagen zu militärischen Handlungsoptionen aus der Hand zu nehmen.

Selffulfilling Prophecy

Die Argumentation mit den unsicheren Erfolgchancen Gorbatschows enthält sogar ein Element der Verlogenheit. Die Perestrojka braucht die materiellen Ressourcen, die bisher in die Rüstung fließen, für ihren Erfolg. Gorbatschow braucht die westliche Zustimmung zu beiderseitiger Abrüstung, um diese Ressourcen umzuleiten. Er braucht also eine konstruktive Haltung des Westens zu seinen Abrüstungsvorschlägen, um innenpolitisch erfolgreich zu sein (nicht etwa nur als Kompensation innenpolitischer Fortschrittsdefizite durch außenpolitische Erfolge, sondern durchaus auch im Sinn einer materiellen Sicherung der Reformpolitik). Wer diese Vorschläge mit dem Hinweis auf das denkbare Scheitern Gorbatschows kleinmütig behandelt oder gar als zu riskant ablehnt, trägt damit selbst zum Eintreffen jener Gefahr bei, die ihn angeblich beunruhigt.

Fazit: Niemand kann mit letzter Sicherheit ausschließen, daß der sowjetische Reformprozeß Rückschläge erleidet, daß er scheitert und daß Gorbatschow ausgewechselt wird, auch wenn es dafür gegenwärtig keine Anzeichen gibt. Wer aber mit Blick auf diese Eventualitäten jetzt die Möglichkeiten ausschlägt, den ost-westlichen Systemgegensatz zu entmilitarisieren und damit eine neue Qualität von Sicherheit und Stabilität zu erreichen, ist ein Falschspieler. Er sollte den falschen Joker im Jackett lassen und lieber zugeben, daß er in Wirklichkeit ein anderes Spiel will.

(-/5.5.1989/rs/he)

* * *

Wir Frauen werden das nicht länger hinnehmen

Zur Verurteilung des Memminger Frauenarztes Dr. Theissen

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Das Urteil gegen den Memminger Arzt Dr. Theissen zeigt einmal mehr, wie weit wir in der Bundesrepublik von einer humanen Lösung in Schwangerschaftskonflikten entfernt sind.

Auch wenn zweifellos Buchstaben des Gesetzes verletzt worden sind, so handelte es sich bei den dem Arzt zur Last gelegten Fällen doch ganz offensichtlich um Schwangerschaftsabbrüche, die in anderen Bundesländern selbstverständlich als Notlagenindikationen gewertet worden wären. Das Urteil ist unangemessen hart. Seit dem 2. Weltkrieg hat es keinen vergleichbaren Schuldspruch gegeben. Der Prozeß hat international Aufsehen erregt, weil selbst im katholischen Italien die gesetzlichen Regelungen und die Handhabung des Schwangerschaftsabbruchs liberaler sind.

Frauen sollten die Bundesrepublik meiden. Wer fürchten muß, in die Mühlen eines solchen Prozesses zu geraten wie die Memminger Zeuginnen, tut gut daran, die Lösung ihrer Konflikte im Ausland zu suchen, wenn sie es sich denn leisten kann!

Der Memminger Prozeß macht deutlich, daß das von der Regierungskoalition geplante Beratungsgesetz blanker Unsinn ist. Es kann in der Bundesrepublik nicht um weitere Verschärfung und Bürokratisierung der Indikationsregelung gehen. Wir müssen endlich zu einer Lösung kommen, die den Schwangerschaftsabbruch entkriminalisiert. Weder die Frau, die in einer Konfliktsituation sich für den Schwangerschaftsabbruch entscheidet, noch der Arzt oder die Ärztin, die ihr hilft, gehören auf die Anklagebank!

Wir wollen helfen statt strafen! Und das heißt auch: Bedingungen schaffen, die Frauen nicht immer wieder zu den underdogs dieser Gesellschaft werden lassen. Eine Gesellschaft, in der zwei Drittel der jungen Frauen - anders als die vergleichbaren jungen Männer - ihre Zukunft pessimistisch einschätzen, täte gut daran, sich um grundsätzliche Reformen zu kümmern statt Schauprozesse wie in Memmingen zuzulassen.

Wir Frauen werden das nicht länger hinnehmen!

(-/5.5.1989/rs/ha)

Die Vereinten Nationen sollen in Afghanistan vermitteln

Zu einem Vorschlag der Sozialdemokraten dieses Landes

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Zweieinhalb Monate nach dem vertragsgemäßen Rückzug des letzten sowjetischen Soldaten ist Afghanistan vom Frieden noch weit entfernt. Das Genfer Abkommen, das für eine friedliche Konfliktlösung stehen sollte, hat den Truppenabzug bewirkt. Es hat den Krieg aber nicht beenden können. Die erbitterten Kämpfe zwischen Mudjahedin und afghanischen Kommunisten fordern täglich neue Opfer.

Widerstand gegen Zentralisierungs- und Modernisierungsbestrebungen gab es auch schon vor der völkerrechtswidrigen Besetzung Afghanistans durch die UdSSR. Die Konfrontation der Supermächte auf afghanischem Boden und die Ausweitung des Krieges mit den auch nach Genf fortgesetzten Waffenlieferungen haben den Konflikt so zugespitzt, daß eine friedliche Lösung fast unerreichbar scheint. Pakistan und die USA setzen weiterhin auf eine Widerstandsregierung, die sich antikommunistisch und pro-pakistanisch gibt und sie sind offenbar bereit, dafür zu bezahlen.

Trotzdem ist in der jüngsten Zeit deutlich geworden, daß die von der Siebener-Allianz aus Peshawar eingesetzte Gegenregierung weder in den Reihen der Mudjahedin einen echten Grundkonsens erzielen kann noch von der Bevölkerung so recht akzeptiert wird. Zu letzterem dürften die bekannt gewordenen Greuel-taten einiger Widerstandskämpfer - Massaker an Zivilisten, Plünderungen, Häutungen von Gefangenen - ebenso beigetragen haben wie die Tatsache, daß der Krieg vor allem die Leiden der Zivilbevölkerung und der über fünf Millionen Flüchtlinge verlängert, die darauf warten, in ihre Heimat zurückkehren zu können.

Ein Modell für eine friedliche Lösung haben die afghanischen Sozialdemokraten vorgelegt, mit deren Vorsitzendem Dr. Amin Wakmann ich kürzlich gesprochen habe: Sie schlagen vor, daß alle politischen, ethnischen und religiösen Gruppen und Parteien Afghanistans eine Konferenz unter der Regie der Vereinten Nationen abhalten, aus der eine nationale Versöhnungs-Koalition hervorgeht. UN-Friedenstruppen sollen Frieden und Stabilität im Land sicherstellen, so daß die Koalition in höchstens drei Jahren eine Verfassung ausarbeiten kann, die die Unabhängigkeit, territoriale Integrität und nationale Souveränität Afghanistans sichert und politischen Pluralismus, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie reguläre demokratische Wahlen garantiert. Staatsreligion sollte der Islam sein, der nach Meinung der afghanischen Sozialdemokraten nicht im Widerspruch zu einer demokratischen Grundordnung stehen muß.

Der Interimsregierung der Peshawarer Parteien spricht die Afghan Mellat ab, das afghanische Volk zu repräsentieren, da diese nicht frei gewählt ist und ihre Dominanz lediglich auf der Unterstützung durch Pakistan und den Iran beruhe. Die afghanischen Sozialdemokraten appellieren an alle politischen Gruppen im Land, nicht länger auf eine militärische Lösung zu setzen und die afghanische Tragödie zu beenden. Gleichzeitig fordern sie die Europäer auf, sich dafür einzusetzen, daß Pakistan und seine Verbündeten sich nicht länger in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einmischen. (-/5.5.1989/rs/hel)

* * *

Die Bundesregierung - ein mieser Arbeitgeber

Zum Bonner Umgang mit Angehörigen des Finanzdienstes

Von Karl Diller MdB

Mitglied des Haushalts-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die Art und Weise, wie die Bundesregierung mit den Zoll- und Grenzschutzbeamten an der Westgrenze im allgemeinen und mit den zum Quellensteueramt in Trier abgeordneten Zoll- und Steuerbeamten im besonderen umspringt, weist sie als ein ganz mieser Arbeitgeber aus:

1. Im Juni 1985 schließt sie das Schengener Abkommen mit Frankreich und den Benelux-Staaten. Ziel: Abbau der Grenzkontrollen für Personen bis Januar 1990. Allein 1.700 Zoll- und 800 Grenzschutzeinzeldienst-Beamte werden damit an der Westgrenze nicht mehr gebraucht.
2. Trotz Aufforderung durch den Haushaltsausschuß im Jahre 1986, Diskussionen im Haushaltsausschuß 1987 und Anfragen von SPD-Abgeordneten besteht bis Frühjahr 1988 für die Bundesregierung kein Handlungsbedarf.
3. Erst als Mitglieder der SPD-Arbeitsgruppen Haushalt und Finanzen öffentlich ankündigen, mit der Ausarbeitung einer detaillierten Anfrage die Bundesregierung zum Handeln zu zwingen, erkundigt sich der BMF mit Rundschreiben vom 28. März 1988 an die Oberfinanzdirektoren nach den organisatorischen und personellen Auswirkungen des Schengener Abkommens!
4. Es dauert bis November 1988, bis der verantwortliche Bundesfinanzminister Stoltenberg erkennt, „daß personalwirtschaftliche Maßnahmen in dem sich hier abzeichnenden Umfang sich nur in einem länger andauernden Prozeß durchführen lassen, der mit aller Behutsamkeit vorbereitet werden muß und der den Beschäftigten Zeit gibt, sich auf die neue Lage einzustellen“ (BMF-Finanznachrichten 69/88 vom 11.11.88). Dieses Zitat belegt, daß die Bundesregierung das Schengener Abkommen
 - ohne Kenntnis der personellen Auswirkungen abgeschlossen hat und anschließend
 - mehr als drei Jahre lang als Dienstherr glatt versagte.
5. Bundesminister Stoltenberg verspricht in der gleichen Veranstaltung, daß man das Quellensteueramt als Außenstelle des Bundesamtes für Finanzen in Trier errichten werde, um dort „Vollbeamte aus dem Hauptzollamtbezirk Trier und dem Saarland einzusetzen, denen eine Versetzung in räumlich entferntere Aufgabenbereiche aus sozialen oder familiären Gründen nicht zugemutet werden kann“.
6. Die Stellenausschreibung für Trier gab vielen Zollbeamten an der Grenze zu Frankreich, Luxemburg und Belgien die Hoffnung, eine einigermaßen wohnortnahe Beschäftigung zu finden. Sie nahmen tägliche Pendlerwege bis zu 100 Kilometer und finanzielle Einbußen in Kauf im Vertrauen auf den Dienstherrn. Durch den Quellensteuer-Saltorückwärts der Bundesregierung stehen sie erneut vor dem nichts.
7. Bei einer Personalversammlung in dieser Woche wurde deutlich, daß der Dienstherr das Trierer Amt als „sehr fähige Organisationseinheit“ schätzt, die Dienststelle auch erhalten will, aber noch nicht weiß, welche Aufgaben sie erledigen soll. Das Quellensteueramt - so Präsident Horn vom Bundesamt für Finanzen - werde auch nach Abschaffung der Quellensteuer noch bis Ende 1989 viel zu tun haben, um die Anträge abzuwickeln. Bis dahin werde man sich etwas einfallen lassen.

Als Trierer Abgeordneter unterstütze ich nachdrücklich die Forderung der Personalversammlung, den Bestand der Dienststelle durch die Zuweisung neuer langfristiger Aufgaben zu sichern.

8. Eines steht fest: So wie die Bundesregierung hier mit über 100 Beamten des mittleren Dienstes in Trier und über 2.000 an der Westgrenze umspringt, würde sie mit Beamten des höheren Dienstes oder der B-Besoldung wohl nicht umspringen. Die Bundesregierung hat an der Westgrenze, besonders im Regierungsbezirk Trier und im Saarland so viel Vertrauen zerstört, daß nur die Ansiedlung einer bedeutenden EG-Einrichtung in Trier den Schaden wieder halbwegs heilen kann. (-/5.5.1989/rs/ha)